

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

Jahrestag des russischen Überfalls auf die Ukraine

Waffenlieferungen stoppen - Friedensinitiative starten

Der Landtag stellt fest:

1. Ein Jahr, nachdem die Krise in der Ostukraine zum offenen Krieg wurde, ist ein Ende der Kriegshandlungen nicht in Sicht. Beide Kriegsparteien haben sich auf einen längeren Abnutzungskrieg eingestellt.
2. Die Lieferung von Waffen in ein Kriegsgebiet verlängert den Krieg.
3. Eine dauerhafte Lösung des Konflikts ist nur im Rahmen einer Nachkriegsordnung, in der die Kriegsparteien wieder in Frieden miteinander leben können, möglich.

Der Landtag möge beschließen:

Der Landtag Brandenburg verurteilt die deutschen Waffenlieferungen für die Ukraine und fordert den sofortigen Stopp aller Lieferungen, die keinen humanitären Charakter haben. Der Landtag Brandenburg unterstützt die Friedensbemühungen und Vermittlungsversuche seitens einzelner Staaten und der Vereinten Nationen nachdrücklich.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf allen Ebenen mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass die Kriegsparteien sich auf einen Waffenstillstand verständigen und bedingungslose Friedensverhandlungen beginnen,
2. die Bundesregierung zu veranlassen, durch diplomatische Initiativen und Sicherheitsgarantien die beiden Kriegsparteien zu umfassenden und weitreichenden Waffenstillstandsverhandlungen zu bewegen,
3. sich auf allen Ebenen mit Nachdruck dafür einzusetzen, die Waffenlieferungen an die Ukraine zu stoppen.

Begründung:

Der gegenwärtige Ukrainekrieg hat eine lange Vorgeschichte, die nicht erst mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion beginnt, sondern weit in die russische Geschichte zurückreicht. Die Brisanz der ukrainischen Forderung nach einem Beitritt zu EU und NATO war bekannt, zahlreiche Politiker, Politikwissenschaftler und Historiker haben vor den Folgen gewarnt. Auch wenn der Schritt bislang nicht vollzogen wurde, führten die Entwicklungen in diese Richtung zu einer zunehmenden Verhärtung der russisch-ukrainischen Beziehungen und schließlich auch zum völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine.

Dem Kampf der Ukraine um ihre territoriale Integrität und politische Souveränität stehen die Sicherheitsinteressen einer Atommacht gegenüber. Dieser Krieg ist - das zeigt der Kriegsverlauf des vergangenen Jahres - militärisch nicht zu beenden. Forderungen nach einem totalen Sieg der Ukraine, die gelegentlich in den deutschen Medien zu lesen sind, blenden die Notwendigkeit einer Nachkriegsordnung aus, in der sowohl die Ukraine als auch Russland, das selbst bei einem Sieg der Ukraine nicht vom Erdboden verschwinden wird, in Frieden miteinander leben können.

Die Waffenlieferungen und die Weigerung der Bundesregierung, eine Friedensinitiative zu starten, verlängern nicht nur den Krieg und die Leiden der ukrainischen Zivilbevölkerung, sondern treiben auch die Kosten für die Brandenburger Bürger, die von hohen Energiepreisen und Lieferengpässen betroffen sind, in die Höhe.